

sche Initiative sind nämlich nicht spurlos an den schwarzen Schafen des Versandhandels vorübergegangen. Die Kurfürstwaren-Versand AG hat – das haben meine Abklärungen ergeben – seit dem Urteil von Zug von den gerügten, zweifelhaften Werbemethoden Abstand genommen. Die Garantie-Versand AG in Kreuzlingen ist zumindest zurückhaltender geworden. Nur die Herz-Versand AG in Schwerzenbach hat noch keine Reaktion gezeigt. Es ist aber zu hoffen, dass die Selbstregulierungskraft der freien Marktwirtschaft diese Aussenseiter letztlich doch noch zur Raison bringen wird. Sollte allerdings das Gegenteil eintreten und sollten die Schwachstellen des UWG weiterhin von unehrenhaften Versandhäusern missbraucht und umgangen werden, behalte ich mir vor, zu einem späteren Zeitpunkt auf die Angelegenheit zurückzukommen.

**Präsident:** Die Kommission beantragt, der Initiative keine Folge zu geben.

*Zustimmung – Adhésion*

92.414

**Parlamentarische Initiative  
(Reimann Maximilian)  
Verzinsung  
des Rückerstattungsanspruchs  
der Verrechnungssteuer  
Initiative parlementaire  
(Reimann Maximilian)  
Remboursement  
de l'impôt anticipé.  
Bonification des intérêts**

Kategorie IV, Art. 68 GRN – Catégorie IV, art. 68 RCN

*Wortlaut der Initiative vom 20. März 1992*

Im Sinne von Artikel 93 Absatz 1 der Bundesverfassung und von Artikel 21bis ff. des Geschäftsverkehrsgesetzes unterbreite ich in Form einer allgemeinen Anregung folgende parlamentarische Initiative:

Das Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer vom 13. Oktober 1965 ist im zweiten Abschnitt über die Steuerrückerstattung so zu ändern, dass zumindest natürliche und juristische Personen mit Wohn- bzw. Geschäftssitz in der Schweiz Anspruch auf eine marktkonforme Verzinsung des Rückerstattungsanspruchs haben. Die Verzinsung beginnt spätestens am 1. Januar jenes Kalenderjahres, in welchem ein Rückerstattungsantrag eingereicht worden ist.

*Texte de l'initiative du 20 mars 1992*

Me fondant sur l'article 93 alinéa premier de la constitution et sur les articles 21bis et suivants de la loi sur les rapports entre les conseils, je présente une initiative parlementaire conçue en termes généraux.

Il faut modifier la loi fédérale du 13 octobre 1965 sur l'impôt anticipé et, plus précisément, le chapitre deuxième qui traite du remboursement de l'impôt anticipé, de telle sorte qu'au moins les personnes physiques ou morales ayant leur domicile ou leur siège en Suisse puissent prétendre à ce qu'on leur verse des intérêts conformes aux conditions du marché sur la somme qui doit leur être remboursée. Ces intérêts devraient courir au plus tard à partir du 1er janvier de l'année civile au cours de laquelle la demande de remboursement est présentée.

Herr **Matthey** unterbreitet im Namen der Kommission den folgenden schriftlichen Bericht:

Wir unterbreiten Ihnen hiermit gemäss Artikel 21ter des Geschäftsverkehrsgesetzes den Bericht der vorprüfenden Kommission über die von Nationalrat Reimann Maximilian am 20. März 1992 in der Form der allgemeinen Anregung eingereichte parlamentarische Initiative. Sie verlangt, das Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer vom 13. Oktober 1965 im zweiten Abschnitt über die Steuerrückerstattung so zu ändern, dass zumindest natürliche und juristische Personen mit Wohn- bzw. Geschäftssitz in der Schweiz Anspruch auf eine marktkonforme Verzinsung des Rückerstattungsanspruchs haben. Die Verzinsung solle spätestens am 1. Januar des Kalenderjahres beginnen, in welchem der Rückerstattungsanspruch eingereicht worden ist.

*Schriftliche Begründung des Initianten*

1. Die heutige Rechtslage basiert auf einer Botschaft aus dem Jahre 1963 und somit auf einer Zeit, als das Zinsniveau in der Schweiz wesentlich tiefer und die ausländische Konkurrenz in Form von quellensteuerfreien Anlagemöglichkeiten gering war. Die Internationalität der modernen Finanzplätze zwingt uns, das geltende Rückerstattungssystem einer grundlegenden Ueberprüfung zu unterziehen.

2. Mit der Nichtverzinsung des 35prozentigen Rückbehaltes wird der steuererhliche Anleger «bestraft». Der Staat lässt sich im Extremfall bis zu drei Jahre mit den rückbehaltenen Geldern zinslos finanzieren. Juristischen Personen ist mit dem Mittel der Abschlagsrückerstattung immerhin die Möglichkeit gegeben, eine vorzeitige Rückzahlung der blockierten Gelder zu erwirken. Es wäre zu prüfen, ob diese Privilegierung vor dem verfassungsmässigen Gebot der Rechtsgleichheit überhaupt standhält.

3. Es gibt, bezogen auf das Tempo des Rückerstattungsprozesses bei den natürlichen Personen, speditive und säumige Kantone. In letzteren unterliegt der steuererhliche Anleger somit einer noch viel härteren «Bestrafung». Mit einer marktkonformen Verzinsung im Sinne meiner Initiative würde diese rechtswidrige Behandlung ausgeglichen.

4. Mein Vorschlag entspricht einer Kompromisslösung, die einerseits auf die Finanzlage des Bundes Rücksicht nimmt, andererseits aber auch den steuererhlichen Anlegern entgegenkommt. Die Verzinsung beginnt nicht mit der Fälligkeit des besteuerten Ertrages, sondern mit Beginn des Kalenderjahres, in welchem der Rückerstattungsantrag eingereicht wird. Im heutigen EDV-Zeitalter entsteht dadurch kein zusätzlicher bürokratischer Aufwand.

*Erwägungen der Kommission*

1. Stand der Arbeiten in der Bundesversammlung und der Verwaltung zum gleichen Gegenstand

In der Wintersession 1992 hat die Bundesversammlung zwei gleichlautende Motionen (92.3212 Mo NR [Cavadini Adriano] und 92.3208 Mo SR [Rüesch]. Steuerpolitisches Programm für den Unternehmensstandort Schweiz) überwiesen, die unter anderem einen Abbau der Verrechnungssteuer auf ein Niveau, das demjenigen der wichtigen EG-Länder entspricht, verlangen. Als erstes Ziel sehen die Motionen einen Satz von 20 Prozent vor.

In seiner Stellungnahme hatte der Bundesrat beantragt, die Motion Cavadini Adriano in ein Postulat umzuwandeln. In der Begründung wies er darauf hin, dass die Verrechnungssteuer ihrer Sicherungsfunktion zur Erhebung der direkten Steuern in hohem Masse gerecht werde. Er befürchtet, die Reduktion des Verrechnungssteuersatzes auf 20 Prozent würde die Hinterziehung von Kapitalerträgen bei den direkten Steuern attraktiver machen. Verzicht auf die Rückerstattung der Verrechnungssteuer könnte im Vergleich zur Belastung mit den Einkommenssteuern interessant erscheinen. Die Reduktion von 35 auf 20 Prozent hätte Mindereinnahmen von 1,7 Milliarden Franken pro Jahr zur Folge.

Bei genauer Betrachtung, stellte der Bundesrat fest, wirke sich die Verrechnungssteuer für Ausländer kaum nachteilig aus: Die Schweiz hat mit praktisch allen EG-Ländern Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen, d. h., dass sich die Verrechnungssteuerbelastung für steuererhliche Ausländer auf Null reduziere oder doch massiv senke. Ausserdem würde

eine Steuersatzreduktion für die Schweiz bei ihren Bestrebungen, das Netz von Doppelbesteuerungsabkommen zu erweitern, den Verlust eines wichtigen Trumpfes bedeuten.

Der Bundesrat strich im weiteren hervor, dass in sämtlichen EG-Ländern (mit Ausnahme Luxemburgs) der Quellensteuersatz für Dividenden bei mindestens 25 Prozent liegt. In der EG selbst seien Bestrebungen im Gang, eine einheitliche 30prozentige Quellensteuer einzuführen. Quellensteuern auf Zinserträgen seien in der EG ebenfalls in der Diskussion. Deutschland habe hier bereits eine Vorreiterrolle übernommen und ab 1. Januar 1993 eine mit der Verrechnungssteuer vergleichbare Zinssteuer von 30 bzw. 35 Prozent eingeführt.

Eine Senkung oder Beseitigung der Verrechnungssteuer dürfte laut Bundesrat einen verstärkten Druck des Auslands auf die Schweiz zur Folge haben, auf dem Weg der internationalen Amts- und Rechtshilfe in Steuersachen Informationen über Zahlungen aus der Schweiz zu erhalten.

2. Aufwand und Zeitplan der parlamentarischen Arbeit

Gibt der Nationalrat der parlamentarischen Initiative keine Folge, so ist das Geschäft erledigt.

Beschliesst der Rat, der Initiative Folge zu geben, so beauftragt er eine Kommission, eine Vorlage auszuarbeiten. Die Kommission arbeitet innert zwei Jahren Bericht und Antrag aus, das heisst in diesem Fall für das Frühjahr 1995.

3. Möglichkeit, das angestrebte Ziel mit einer Motion oder einem Postulat zu erreichen

Die Kommission hat diese Möglichkeit nicht diskutiert.

4. Die Zweckmässigkeit der Behandlung, wenn über den gleichen Gegenstand eine Volksinitiative zustande gekommen ist. Es ist keine Volksinitiative über den gleichen Gegenstand eingereicht oder lanciert worden.

5. Beratungen der Kommission des Nationalrates

Der Autor begründete seine Initiative am 19. November 1992 vor der Kommission. Er vertrat die Auffassung, das Verrechnungssteuersystem bedürfe einer grundsätzlichen Ueberprüfung, da sich die Rahmenbedingungen seit der Inkraftsetzung des Gesetzes stark verändert haben. Inländische Schuldner würden benachteiligt, da einerseits Schweizer Anleger immer mehr auf quellensteuerfreie Titel ausweichen und andererseits die grossen ausländischen Investoren nicht mehr in der Schweiz anlegen oder sich sukzessive zurückziehen. Im weiteren vertrat Herr Reimann die Auffassung, die Verrechnungssteuer bestrafe die steuererhlichen schweizerischen Anleger und privilegiere die juristischen Personen, da diese ein beschleunigtes Rückerstattungsverfahren kennen. Ausserdem würde mit seinem Vorschlag die Ungerechtigkeit der kantonal stark verschiedenen Fristen bis zur Ueberweisung des Rückerstattungsanspruchs ebenfalls behoben. Als marktkonformen Zinssatz schlägt Herr Reimann den vom Bund bei säumigen Steuerzahlern eingeforderten Verzugszins vor.

Die Kommission behandelte das Geschäft an zwei Sitzungen. Sie verlangte vom Eidgenössischen Finanzdepartement zuerst einen Bericht, der über die administrativen und finanziellen Konsequenzen des Begehrens Auskunft gibt.

Die Mehrheit erkannte in diesem Bereich keinen zwingenden Handlungsbedarf, sei doch gegenwärtig vor allem das Arbeitseinkommen steuerlich stark belastet, das Vermögenseinkommen jedoch weniger. Eine perfektionierte Lösung in diesem kleinen Teilbereich ergäbe im Gesamtkontext des geltenden Steuersystems keinen Sinn. Wenn auch grundsätzlich Verständnis für das Anliegen da war, so bezweifelte sie doch, dass sich die Kosten auf lediglich 100 bis 150 Millionen Franken belaufen würden. Wenn die rückzuerstattenden Guthaben mehr als ein Jahr beim Bund blockiert seien, wie das angetönt wurde, dann würden sich die zu zahlenden Zinskosten auf 400 bis 500 Millionen Franken belaufen. Diesen Aderlass wollte sie der Bundeskasse nicht zumuten. Bei einem steuerbaren Betrag von 100 000 Franken betrage die Verrechnungssteuer bei einem angenommenen Satz von 6 Prozent und einem Drittel 2000 Franken und der darauf anfallende Zins auf ein Jahr hochgerechnet rund 100 Franken. Profitieren würden von einer perfektionierten Regelung Personen mit hohem Vermögen und hohen Vermögenserträgen.

Die Minderheit geisselte das Nichtzurückzahlen der Zinsen auf der Verrechnungssteuer als Zwangsanleihe und war be-

reit, einen Nachteil für die Bundeskasse in Kauf zu nehmen. Für sie wog schwerer, dass die ehrlichen Steuerzahler die Kosten zu tragen hätten und dass die natürlichen gegenüber den juristischen Personen benachteiligt würden, da letztere die Verrechnungssteuer vorzeitig in Form von Abschlagszahlungen zurückfordern können.

**M. Matthey** présente au nom de la commission le rapport écrit suivant:

Nous vous soumettons ci-joint, en vertu de l'article 21ter de la loi sur les rapports entre les conseils, le rapport de la commission chargée de l'examen préalable de l'initiative parlementaire déposée par M. Reimann Maximilian, conseiller national, le 20 mars 1992 et conçue en termes généraux. Cette initiative demande que soit modifiée la loi fédérale du 13 octobre 1965 sur l'impôt anticipé, et plus précisément le chapitre deuxième qui traite du remboursement de l'impôt anticipé, de telle sorte qu'au moins les personnes physiques ou morales ayant leur domicile ou leur siège en Suisse puissent prétendre à ce qu'on leur verse des intérêts conformes aux conditions du marché sur la somme qui doit leur être remboursée. Ces intérêts devraient courir au plus tard à partir du 1er janvier de l'année civile au cours de laquelle la demande de remboursement est présentée.

*Développement par écrit de l'auteur de l'initiative*

1. La situation juridique actuelle se fonde sur un message de 1963, époque à laquelle les taux d'intérêts étaient bien moins élevés en Suisse et où les possibilités de placements exempts de l'impôt à la source donnaient lieu à une concurrence étrangère moins forte. L'internationalisation des marchés financiers nous oblige à revoir fondamentalement le système de remboursement en vigueur.

2. Le fait que les 35 pour cent que représente l'impôt anticipé ne portent pas d'intérêts «pénalise» ceux qui veulent placer leur argent sans contourner le fisc. L'Etat peut parfois, dans des cas extrêmes, profiter de cette source de financement sans intérêts pendant trois ans. Les personnes morales peuvent obtenir un remboursement plus rapide de ces fonds bloqués grâce au remboursement par acomptes. Il faudrait examiner si ce privilège n'est pas en contradiction avec le principe constitutionnel de l'égalité des droits.

3. En ce qui concerne la procédure de remboursement aux personnes physiques, certains cantons sont expéditifs et d'autres font traîner les choses en longueur. Dans ces derniers, celui qui place son argent sans contourner le fisc est donc encore plus «pénalisé». Ces inégalités seraient supprimées si un intérêt tenant compte des conditions du marché était versé comme le demande mon initiative.

4. Ma proposition est un compromis qui prend en considération tant la situation financière de la Confédération que les intérêts des contribuables de bonne foi. En effet, les intérêts ne sont pas comptés à partir de l'échéance du revenu imposé, mais à partir du début de l'année au cours de laquelle la demande de remboursement est présentée. A l'âge de l'ordinaire, il n'en résulte aucun travail bureaucratique supplémentaire.

*Considérations de la commission*

1. Etat des travaux sur le même objet dans l'Assemblée fédérale et dans l'administration

Au cours de la session d'hiver 1992, l'Assemblée fédérale a traité deux motions de même teneur (92.3212 Mo CN [Cavadini Adriano] et 92.3208 Mo CE [Rüesch]). Politique fiscale propice à l'implantation d'industries en Suisse), motions qui demandent notamment l'abaissement de l'impôt anticipé au niveau pratiqué par les grands pays de la CE, le premier objectif étant de le ramener à 20 pour cent.

Dans son avis, le Conseil fédéral demande que la motion Cavadini Adriano soit transformée en postulat. Il relève en effet que l'impôt anticipé qui sert principalement à garantir le prélèvement des impôts directs remplit très largement sa fonction. Il craint que le fait de ramener à 20 pour cent le taux de l'impôt anticipé ne rende plus attrayante la soustraction frauduleuse

de revenus de capitaux sur le plan des impôts directs. La renonciation au remboursement de l'impôt anticipé pourrait en effet paraître intéressante comparativement aux impôts payés sur le revenu. Il évalue à 1,7 milliard par an le manque à gagner qui résulterait d'une réduction de 35 à 20 pour cent du taux de cet impôt.

En examinant la chose de plus près, le Conseil fédéral constate que le taux de notre impôt anticipé n'a guère d'effets négatifs pour les étrangers puisque la Suisse a signé des conventions de double imposition avec presque tous les pays de la CE; ces conventions ramènent finalement à zéro ou réduisent considérablement la charge de l'impôt anticipé pour les étrangers qui font honnêtement leurs déclarations. En revanche, une réduction du taux de l'impôt anticipé constituerait pour la Suisse la perte d'un important atout dans ses efforts pour développer le réseau de conventions de double imposition.

Le Conseil fédéral relève en outre que dans l'ensemble des pays de la CE, à l'exception du Luxembourg, le taux des impôts prélevés à la source sur les dividendes est au minimum de 25 pour cent. Dans la CE elle-même, des efforts sont entrepris pour percevoir un impôt à la source unifié de 30 pour cent. Une retenue à la source effectuée sur le produit des intérêts fait également l'objet de discussions au sein de la CE. L'Allemagne joue à cet égard un rôle de précurseur puisqu'elle a introduit depuis le 1er janvier 1993 un impôt, comparable à l'impôt anticipé, de 30 pour cent respectivement 35 pour cent sur le produit des intérêts. Une réduction ou une suppression de l'impôt anticipé entraînerait, de l'avis du Conseil fédéral, des pressions accrues sur la Suisse de la part de l'étranger, qui tenterait d'obtenir – par le biais de l'entraide administrative et de l'entraide judiciaire en matière fiscale – des informations sur les paiements provenant de notre pays.

2. Ampleur et calendrier du travail parlementaire qu'imposerait l'initiative

Si le Conseil national ne donne pas suite à l'initiative parlementaire, l'objet est considéré comme liquidé.

Si le conseil décide d'y donner suite, il charge une commission d'élaborer un projet. La commission élabore un rapport et une proposition dans les deux ans, c'est-à-dire dans le cas présent pour le printemps 1995.

3. Possibilité de transformer l'initiative en motion ou postulat pour atteindre le but visé

La commission n'a pas discuté cette possibilité.

4. Opportunité de traiter l'initiative lorsqu'une initiative populaire a abouti sur le même objet

Aucune initiative populaire portant sur le même objet n'a été déposée ni lancée.

5. Délibérations de la commission du Conseil national

L'auteur a exposé les motifs de son initiative devant la commission le 19 novembre 1992. Il estime que le système de l'impôt anticipé doit être réexaminé dans son principe, car, depuis l'entrée en vigueur de la loi, les conditions générales ont fortement changé. A son avis, les débiteurs en Suisse sont désavantagés, car, d'une part, les Suisses qui veulent placer des capitaux s'intéressent toujours plus aux titres étrangers qui ne sont pas soumis à l'impôt anticipé, et, d'autre part, les grands investisseurs étrangers renoncent à effectuer des placements en Suisse ou s'en retirent progressivement. En outre, M. Reimann Maximilian pense que l'impôt anticipé pénalise l'investisseur suisse de bonne foi et privilégie les personnes morales, car celles-ci bénéficient d'une procédure de remboursement plus rapide. Il relève en outre le fait que sa proposition permettrait de corriger les inégalités dans les délais qui varient fortement d'un canton à l'autre pour le versement du remboursement. Comme taux d'intérêts conforme aux conditions du marché, M. Reimann propose le taux des intérêts perçus par la Confédération auprès des contribuables retardataires.

La commission a traité cet objet au cours de deux séances. Elle a d'abord demandé au Département fédéral des finances un rapport qui fournisse des renseignements sur les conséquences administratives et financières de la requête.

La majorité a reconnu que, dans ce domaine, il n'y avait pas nécessité absolue d'intervenir, car à l'heure actuelle c'est surtout le revenu de l'activité lucrative qui est fortement grevé, le

revenu de la fortune l'étant moins. Dans le contexte de l'ensemble du système fiscal en vigueur, il n'est pas judicieux de chercher une solution perfectionnée pour ce petit secteur partiel. Si, dans son principe, elle comprend le bien-fondé de la requête, elle doute toutefois que les coûts n'atteindraient que 100 à 150 millions de francs. Si les avoirs qui seraient à rembourser restent bloqués dans les caisses de l'Etat pendant plus d'un an, ainsi qu'il est relevé, les intérêts à verser seraient bien plutôt de l'ordre de 400 à 500 millions de francs. Elle ne veut pas infliger une telle saignée à la caisse de la Confédération. Sur un montant imposable de 100 000 francs, et en partant d'un taux d'intérêts de 6 pour cent, l'impôt anticipé d'un tiers se monterait à 2000 francs et l'intérêt sur cette somme pour un an à environ 100 francs. Ceux qui profiteraient de cette réglementation perfectionnée seraient les personnes disposant d'une grande fortune et de revenus élevés de la fortune.

La minorité qualifie le non-paiement d'intérêts sur l'impôt anticipé d'emprunt forcé et se déclare prête à envisager un manque à gagner pour les finances fédérales. Pour elle, l'argument qui l'emporte est le fait que c'est le contribuable honnête qui doit supporter les frais et que les personnes physiques sont désavantagées par rapport aux personnes morales, puisque ces dernières peuvent exiger le remboursement de l'impôt anticipé sous forme d'acomptes.

*Antrag der Kommission*

Die Kommission beantragt dem Nationalrat mit 8 zu 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen:

*Mehrheit*

Der Initiative keine Folge geben

*Minderheit*

(Stucky, Blocher, Früh, Gros Jean-Michel, Mauch Rolf, Nebiker, Spoerry)

Der Initiative Folge geben

*Proposition de la commission*

Par 8 voix contre 6 et avec 2 abstentions, la commission recommande:

*Majorité*

Ne pas donner suite à l'initiative

*Minorité*

(Stucky, Blocher, Früh, Gros Jean-Michel, Mauch Rolf, Nebiker, Spoerry)

Donner suite à l'initiative

**Reimann Maximilian:** Glauben Sie nicht, ich produziere parlamentarische Initiativen am Laufmeter. Es ist purer Zufall, dass die beiden einzigen Initiativen, die ich eingereicht habe, seit ich 1987 in dieses Haus gewählt worden bin, ausgerechnet am gleichen Tag und erst noch hintereinander zur Debatte kommen.

Erlauben Sie mir, Ihnen am Ende dieser Session vor Augen zu führen, wie sich die Fiskalpolitik des Bundes den Bürgern zu Hause in den letzten Tagen präsentiert hat: Steuererhöhungen bis zum Geht-nicht-mehr werden ihnen angekündigt, zunächst die Erhöhung der Benzinsteuern, dann die Preiserhöhung für die Autobahnvignette und die Schwerverkehrsabgabe und schliesslich, wenn es nach dem Willen unseres Rates geht, eine Erhöhung der Verbrauchssteuer von 6,2 auf 6,5 Prozent.

Heute nun hätte unser Rat Gelegenheit, endlich einmal etwas für den Steuerzahler zu tun und erst noch für den ehrlichen, korrekten Steuerzahler, etwas, das den Steuerämtern keine Mehrarbeit bringt. Alles erledigt der Computer. Es muss ihm nur der Zinssatz eingegeben werden.

Ich bitte Sie dringend, tun Sie endlich auch etwas für den ehrlichen Steuerzahler!

Ich glaube nicht, dass mein Vorschlag den Bund 150 bis 400 Millionen Franken kostet, wie vom Finanzminister behauptet wird. Das Zinsniveau ist in den letzten Monaten, und gestern noch einmal, massiv gesenkt worden. Ich glaube auch nicht, dass es sich hier um Steuergeschenke für Vermögende handelt. Grossinvestoren umgehen die Verrechnungssteuer schon längst, plazieren ihre Mittel quellensteuerfrei in Luxemburg, London oder in Form von Auslandsanleihen in der

Schweiz, wo keine Verrechnungssteuer gefordert wird. Gerellte des heutigen Systems sind in erster Linie die vielen, vielen Inhaber von Sparheften und Zeichner von Inlandobligationen, Kassenobligationen usw. Für sie ist es eine eklatante Ungerechtigkeit, dass der Staat über Monate, ja über Jahre hinweg Geld zurückbehält und ihnen dafür keinen Zins entrichtet. Schauen Sie, wie fiskusfreundlich ich erst noch bin! Die Verzinsung soll nämlich nicht sofort beginnen, sondern erst mit dem Beginn des Jahres, in welchem der Rückerstattungsantrag gestellt wird. Das ist doch eine für beide Seiten faire Lösung.

Wenn wir in dieser Sache nichts tun, wird der Ertrag aus der Verrechnungssteuer noch stärker zurückgehen. Er ist heute schon deutlich rückläufig, weil sich der mündige Anleger nicht mehr länger nach heutigem System von der Verrechnungssteuer schröpfen lässt. Kommt noch hinzu, was der Bundesrat am Montag beschlossen hat: nämlich der Verzicht auf die Emissionsabgabe bei quellensteuerfreien Auslandobligationen. Das macht die Inlandobligationen noch einmal unattraktiver. Bund, Kantone und Gemeinden müssen schon heute deutlich mehr Zins für Anleihen offerieren als ausländische Schuldner, und das in unserem eigenen Land. So weit haben wir es heute mit unserer Fiskalpolitik gebracht.

Mit einem Ja zu meiner Initiative könnten Sie heute etwas Gegensteuer geben. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) hat, bei allerdings schwacher Präsenz, diese Chance knapp verpasst. Korrigieren Sie diesen vorschnellen Entscheid der WAK! Tun Sie etwas im Interesse der inländischen Schuldner, aber vor allem für unsere steuerehrlichen Mitbürger im Lande draussen, und geben Sie meiner Initiative Folge. Stimmen Sie dem Antrag der Kommissionsminderheit zu!

**Stucky**, Sprecher der Minderheit: Sie wissen, dass Zinsen auf Obligationen inländischer Schuldner und Dividenden sowie Erträge aus inländischen Anlagefonds der Verrechnungssteuer unterliegen. Wo liegt nun das Problem?

Bei den natürlichen Personen kann der Antrag auf Rückerstattung der Verrechnungssteuer «frühestens nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die steuerbare Leistung fällig geworden ist, gestellt werden», so heisst es in Artikel 29 Absatz 2 im Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer.

Das heisst, der Antrag kann im Durchschnitt etwa ein Jahr später gestellt werden. Bei den juristischen Personen hingegen besteht die Möglichkeit, und sie wird auch voll genutzt, dass sogenannte Abschlagsrückerstattungen gewährt werden, das heisst, das Problem der Verzinsung der Guthaben stellt sich gar nicht. Damit entsteht bereits das Problem der Rechtsgleichheit.

Hinzu kommt noch, dass genau die ehrlichen Steuerpflichtigen davon betroffen sind, und zwar ganz besonders zwei Kategorien: Das sind einmal die Rentner, die neben ihrer AHV auf diese Zinsen angewiesen sind, und dann im besonderen Masse auch die Sparer, und zwar eher die kleineren Sparer; die grossen nutzen ohnehin alle Möglichkeiten, ins Ausland auszuweichen.

Der Bund macht es sich nun einfach, d. h., er bezahlt auf den Guthaben keine Zinsen, was nichts anderes heisst, als dass damit – auf einem Volumen von rund 2,5 Milliarden Franken – eine Art Zwangsanleihe geschaffen wird.

Es trifft, wie Herr Reimann Maximilian zu Recht sagte, genau die ehrlichen Steuerzahler, und es trifft genau die Sparer, die ihr Geld in Inlandobligationen anlegen und auf die wir aus wirtschaftlichen Gründen angewiesen sind. Wenn wir diese Gelder nicht zur Verfügung haben, sind die Auswirkungen auf dem Hypothekarmarkt oder bei der Finanzierung der öffentlichen Anleihen klar zu sehen.

Auslandanleihen, darauf hat Herr Reimann Maximilian auch hingewiesen, sind nun seit dem 1. August stempelsteuerfrei, d. h., der Steuerpflichtige bezahlt auch in der Schweiz keine Verrechnungssteuer. Das Resultat aus diesen Verschiedenheiten wird eine Zweiteilung sein: eine Privilegierung der Obligation, die ein ausländischer Schuldner in unserem Land aufnimmt, gegenüber der Obligation eines inländischen Schuld-

ners. Es macht keinen Sinn, dass wir ausgerechnet auf dem Markt, auf den unsere Inlandwirtschaft, aber auch unsere öffentliche Hand angewiesen sind, eine Spaltung zu deren Nachteil bewirken.

Die Begründung, warum man keinen Vergütungszins zahlen will, ist eine rein fiskalische. Herr Bundesrat Stich hat uns vorgerechnet, bei einem Zinssatz von 6 Prozent seien das 150 Millionen Franken. Nun ist aber der durchschnittliche Zinssatz bei Bundesanleihen auf gut 4 Prozent gesunken. Wenn man also umrechnet, würde sich der Ausfall wahrscheinlich nicht einmal auf 100 Millionen Franken belaufen. Darauf müsste der Bund im Interesse der Sparer und der Steuergerechtigkeit, aber auch im Interesse der Förderung des inländischen Marktes nun wirklich verzichten können.

**Ledergerber**, Berichterstatter: Die Kommission hat dieses Geschäft an zwei Sitzungen beraten. Sie haben einen schriftlichen Bericht bekommen. Die Kommission beantragt Ihnen mehrheitlich, dieser Initiative keine Folge zu geben.

Sie gewichtet die Argumente etwas anders, als das der Initiant oder jetzt auch der Sprecher der Minderheit getan hat.

Ich möchte diese Punkte kurz zusammenfassen:

1. Der Initiant will, dass abgezogene Verrechnungssteuern vom Bund verzinst werden sollen, und er plädiert dafür, dass hier der ehrliche Steuerzahler nicht diskriminiert werden sollte. In Tat und Wahrheit gehört aber die Nichtverzinsung wesentlich zur heutigen Form der Besteuerung. Ich möchte Sie daran erinnern, dass die Steuer auf Einkommen heute in der Regel zwei bis vier Jahre nach dem Verdienen des Geldes geschuldet ist.

Der Bund müsste eigentlich – wir haben darüber in diesem Saal lange gestritten –, wenn er gleich verfahren wollte, die Einkommenssteuer praktisch im selben Jahr erheben, in dem die Einkommen verdient werden. Beim heutigen Postnumerando-System werden aber die Steuern erst zwei bis vier Jahre später fällig. Auch hier besteht keine solche Verzinsungspflicht.

2. Es ist in unserem Steuersystem auch so, dass z. B. Nachsteuern, die geschuldet werden, wenn die Veranlagung vom Steueramt nicht akzeptiert wird, sondern eine höhere Einschätzung erfolgt, nicht zinspflichtig sind. Auch hier haben wir also das gleiche Instrument: Der Bund verzichtet darauf, dass solche Schulden zu verzinsen sind.

3. Das Hauptargument: Es ist ausgerechnet worden, dass die Bundeskasse durch die Verzinsung dieser Forderungen eines Betrages von 150 bis 400 Millionen Franken verlustig ginge; Geld, das der Bund heute einfach nicht verlieren darf, weil keine Reserven vorhanden sind, um solche zusätzliche Zahlungen zu leisten.

Man muss sich auch vorstellen, in welchen Bereichen wir uns bewegen: Bei einem Vermögen von 100 000 Franken würde sich der durchschnittliche Verzinsungsanspruch auf weniger als 100 Franken belaufen. Das heisst, der Aufwand, um die Verzinsungen abzuklären, die Korrespondenzen zu führen und die Auszahlungen vorzunehmen, dürfte grössenordnungsmässig gleich hoch sein wie der Anspruch; dies, wenn man von einem Vermögen von 100 000 Franken ausgeht. Sie sehen also, dass der Initiant hier etwas möchte, das vor allem den grossen Vermögen zugute käme. Dort würde es ins Gewicht fallen. Es wäre ein Geschenk aus der Bundeskasse an die Reichen in der Schweiz; ein Geschenk in der Grössenordnung von 150 bis 400 Millionen Franken.

Zu einem letzten Argument, das die Kommission gewürdigt hat – ich glaube, auch das darf man sehen –: In der Schweiz ist das erwerbslose Einkommen aus Kapitalerträgen und Kapitalgewinnen heute im Verhältnis zum Einkommen aus Arbeit sehr wenig belastet. Ich erinnere Sie daran, dass wir keine Kapitalgewinnsteuer, keine Sozialabgaben auf Kapitalerträgen haben. Die Erwerbseinkommen hingegen sind überdurchschnittlich belastet. Auch im europäischen Vergleich wird ganz deutlich, dass in der Schweiz das Arbeitseinkommen stark und erwerbsloses Einkommen sehr wenig belastet ist.

Die Kommissionsmehrheit bittet Sie deshalb, dieser Initiative keine Folge zu geben und sie abzulehnen.

**M. Theubet**, rapporteur: En plus du rapport écrit qui vous a été remis, nous pouvons au nom de la Commission de l'économie et des redevances vous donner encore les informations suivantes. La commission a traité cette initiative parlementaire au cours de deux séances. Le Département fédéral des finances lui a fourni des renseignements sur les conséquences administratives et financières de cette requête. Selon ce rapport, le Conseil fédéral justifie le non-versement d'un intérêt sur l'impôt anticipé par le fait qu'une rémunération exacte des montants à rembourser entraînerait des complications importantes et qu'une bonification des intérêts provoquerait de nouveaux frais qui devraient finalement être supportés par l'ensemble des contribuables. Autrement dit, le refus de servir un intérêt sur les avoirs d'impôt anticipé ne représente pas, comme l'a dit la minorité, un sacrifice injustifié pour les contribuables concernés, d'autant moins qu'une telle rémunération engendrerait un travail administratif supplémentaire et, par conséquent, des charges nouvelles pour la collectivité.

La commission a posé un certain nombre de questions que nous vous soumettons. La première est de savoir s'il ne faudrait pas introduire le remboursement par acomptes également pour les personnes physiques. Pour ces dernières, le remboursement est étroitement lié, dans la plupart des cantons, à la perception des impôts directs. Or, il est difficilement imaginable que les cantons puissent introduire le remboursement par acomptes sans que cela n'entraîne pour eux des difficultés notables. Il serait par ailleurs inévitable que les autorités fiscales cantonales aient à faire face à un travail administratif important. Le remboursement par acomptes toucherait donc spécialement les cantons romands qui, sans exception, connaissent le système de l'imputation et non du remboursement en espèces. D'autres difficultés surgiraient à propos du domicile du contribuable dans un autre canton ou à l'étranger. Comparé à cette éventualité, l'introduction d'un intérêt rémunérateur semblerait moins problématique. Toutefois, certains cantons imputant l'impôt anticipé à la première tranche d'impôts, d'autres à plusieurs tranches, la rémunération devrait être réglée de manière différenciée. En cela, il serait indispensable de consulter les cantons. En effet, les frais de personnel et les dépenses à consentir en matière d'informatique chargeaient en premier lieu les budgets cantonaux. Les frais liés à un intérêt rémunérateur pour les personnes physiques devraient être, pour un taux de 6 pour cent, de l'ordre de 150 millions par année ou, pour un taux de 4 pour cent, de 100 millions par année.

Dès lors se pose la question de savoir si ces frais devraient être supportés par la Confédération ou par les cantons.

En ce qui concerne les personnes morales, le système du remboursement par acomptes a fait ses preuves. De ce point de vue, elles sont – il est vrai – privilégiées par rapport aux personnes physiques. En raison de cet avantage, on doit se demander si, en cas de suppression du système, il ne faudrait pas s'attendre à des réactions véhémentes de la part des personnes morales. D'autre part, la différenciation entre celles qui peuvent revendiquer le remboursement par acomptes et celles qui ne le peuvent pas engendrerait pour l'administration fédérale des contributions un surcroît de travail. De ce fait la Confédération devrait, elle aussi, supporter des frais annuels de quelque 150 millions de francs.

Selon l'initiative, l'intérêt rémunérateur devrait déjà être calculé à compter du 1er janvier de l'année au cours de laquelle la demande de remboursement est présentée. Il en résulterait que les personnes physiques domiciliées en Suisse pourraient prétendre à un intérêt avant d'avoir effectué leur déclaration d'impôts, qu'elles l'aient fait dans le délai imparti ou avec du retard. En conséquence, la question se pose de savoir si un intérêt rémunérateur éventuel ne devrait pas être calculé seulement à partir du terme où la demande a été présentée. Sur ce point également, une consultation des cantons est indiquée.

D'autre part, si le Parlement veut entrer en matière à propos de cet intérêt, il faut être conscient qu'il faudra modifier parallèlement la réglementation concernant l'intérêt moratoire dans le sens d'une obligation de s'en acquitter dès le délai de paiement non respecté, d'où de nouveaux inconvénients pour certains contribuables.

Enfin, la question de la rémunération des avoirs d'impôt anticipé perdrait de son acuité si les cantons passaient intégralement au système d'imposition postnumerando annuel également pour les personnes physiques. Dans ce cas, il n'y aurait pas lieu de consentir des frais supplémentaires de personnel et de gestion liés à une bonification d'intérêts.

Pour toutes ces raisons, la majorité de la Commission de l'économie et des redevances vous recommande, par 8 voix contre 6 et avec 2 abstentions, de ne pas donner suite à cette initiative parlementaire.

**Reimann Maximilian**: Ich muss einfach nochmals etwas in Abrede stellen: Das Finanzdepartement sagt, die Steuerausfälle bewegten sich in der Grössenordnung von 150 bis 400 Millionen Franken. Dieser Betrag ist masslos übertrieben, er ist auch von der Zinsentwicklung her längst überholt. Die Steuerausfälle betragen nach meiner Rechnung weniger als 100 Millionen Franken. Auch der administrative Aufwand ist von den Kommissionssprechern übertrieben worden: Alle Daten sind im Computer der Steuerverwaltung gespeichert. Wenn man auf den Knopf zur Auslösung des Rückzahlungs-Ueberweisungsauftrags drückt, muss man nur wissen, ob noch Zins oder ob kein Zins hinzukommt. Das ist ein einmaliger Programmierungsauftrag. Weiteren bürokratischen Aufwand braucht es nicht.

#### Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit (Folge geben)	79 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit (keine Folge geben)	62 Stimmen

## Petitionen – Pétitions

### 93.2000

**Petition Aktionsgruppe  
Regenwald, Basel  
Schweiz tropenholzfrei**

**Pétition Groupe d'action  
Forêts tropicales, Bâle  
Suisse et forêts tropicales**

Herr **Rychen** unterbreitet im Namen der Kommission den folgenden schriftlichen Bericht:

Am 4. November 1992 reichte die Aktionsgruppe Regenwald Basel eine Petition zur Rettung des Regenwaldes und für eine tropenholzfreie Schweiz mit etwa 30 000 Unterschriften ein. Die Hauptanliegen der Regenwald-Petition sind ein genereller Einfuhrstopp für Tropenhölzer und die Anerkennung der Landrechte der Ureinwohner. Der Bundesrat ist der Ansicht, dass die Hauptursache der Zerstörung der Regenwälder heute nicht der Handel mit Tropenhölzern, sondern die Brandrodung durch ärmere Bevölkerungskreise in den entsprechenden Ländern ist. Der Bundesrat konzentriert sich deshalb auf eine Mitarbeit in den zuständigen internationalen Gremien, welche sich mit der Intensivierung und Koordination der Anstrengungen zum Schutz und zur nachhaltigen Bewirtschaftung der tropischen Waldressourcen befassen. Eine wesentliche Verbesserung im Sinne einer Konsumenten-Information sieht er auch in der Schaffung eines «Labels», d. h. eines breit abgestützten und kosteneffizient kontrollierten Kennzeichens. Dadurch hätte der informierte Konsument die Wahl,

**Parlamentarische Initiative (Reimann Maximilian) Verzinsung des  
Rückerstattungsanspruchs der Verrechnungssteuer**

**Initiative parlementaire (Reimann Maximilian) Remboursement de l'impôt anticipé.  
Bonification des intérêts**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1993
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	16
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	92.414
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	19.03.1993 - 08:00
Date	
Data	
Seite	549-553
Page	
Pagina	
Ref. No	20 022 416

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.